



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Lehren aus dem OEZ-Attentat III – Maßnahmen zur Prävention von Radikalisierungsrisiken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag fünf Jahre nach dem rassistischen Attentat am Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) über die in der Schriftlichen Anfrage „Lehren aus dem OEZ-Attentat – Politische Konsequenzen und präventive Maßnahmen der Staatsregierung“ (Drs.18/15048) angeführten Maßnahmen und Konzepte zur besseren Früherkennung und Prävention möglicher Radikalisierungsrisiken und Gewaltaffinitäten von jungen Menschen zu berichten.

Dabei geht es insbesondere um folgende Konzepte, Strategien und Maßnahmen:

- Welche Strategie verfolgt die Staatsregierung zur Förderung von Forschungsprojekten zur Erforschung von extremistischen und terroristischen Radikalisierungsprozessen und Rekrutierungsstrategien über soziale Medien, Internetplattformen und Imageboards?
- Welche Erfahrungen wurden mit dem Handlungsleitfaden für Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler für den adäquaten Umgang mit extremistischen, rassistischen oder antisemitischen Äußerungen und Radikalisierungsprozessen in sozialen Medien bisher gemacht?
- Welche Konzepte verfolgt die Staatsregierung zur Früherkennung und Prävention möglicher Radikalisierungsrisiken und Gewaltaffinitäten bei (jungen) Menschen mit einer psychischen bzw. psychiatrischen Krankheitsdiagnose?
- Wie kann im Hinblick auf die Prävention von Gewaltdelikten und Radikalisierungsgefahren sowie die Früherkennung potenzieller jugendlicher Gewalttäter der Informationsaustausch zwischen Gesundheitseinrichtungen, Jugendpsychiatrie, Schulen und Jugendhilfe verbessert werden?
- Welche Strategien verfolgt die Staatsregierung um Projekte für junge Menschen zur Prävention gegen Radikalisierung im Internet oder über soziale Medien zu stärken und weiter auszubauen?
- Wie kann die Mobbingprävention an Schulen weiter ausgebaut und gestärkt werden?
- Welche speziellen Angebote zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung gibt es an Schulen und in der Jugendarbeit für Jugendliche und junge Menschen mit rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Einstellungen?

Begründung:

Bei dem Attentäter am Münchener OEG wurde bereits früh in kinder- und jugendpsychiatrischen Diagnosen eine schwere Persönlichkeitsstörung festgestellt. Er befand sich mehrfach in ambulanten und stationären Behandlungen und erhielt deshalb auch Psychopharmaka. Zu seinen psychiatrischen Diagnosen kam noch eine schwere PC-Sucht. So verbrachte [REDACTED] allein mehrere tausend Stunden mit dem Ego-Shooter-Spiel „Counterstrike“.

[REDACTED] zeigte sich unfähig, Freundschaften zu erhalten und soziale Kontakte zu knüpfen. In der Schule war er Mobbingaktionen seiner Mitschüler ausgesetzt. Seinen Hass auf andere Jugendliche, insbesondere solche mit einem Migrationshintergrund, hat er gegenüber seinen Spiel- und Chatpartnern offen geäußert. Dabei hat er sich im Laufe der Zeit zunehmend radikalisiert und auch rassistische Tötungsabsichten artikuliert.

Der Fall [REDACTED] zeigt, wie wichtig es ist, Radikalisierungsprozesse rechtzeitig zu erkennen und Gewalttaten möglichst präventiv zu verhindern. In Bezug auf die Faktoren und Verlaufsformen extremistischer Online-Radikalisierungsprozesse über soziale Medien, Imageboards und Internetplattformen gibt es noch einen erheblichen Forschungsbedarf. Lehrkräfte und Eltern sind häufig im Umgang mit solchen verhaltensauffälligen Jugendlichen, die sich hauptsächlich in ihrer Computerwelt bewegen, überfordert. Sie brauchen dringend spezialisierte Beratungs- und Unterstützungsangebote, um mit den mit der Mediennutzung durch Kinder und Jugendliche verbundenen Gefahren besser umgehen zu können. Dies betrifft insbesondere das Phänomen des Suchtverhaltens im Umgang mit Online-Spielen und über soziale Medien vermittelte politische Radikalisierungsprozesse.

Auch bei psychiatrischen Diagnosen und Behandlungen wird häufig die Gefahr einer politischen Radikalisierung unterschätzt. Um hier bei gefährdeten Jugendlichen mögliche Radikalisierungsrisiken und die Entwicklung einer Gewaltaffinität frühzeitig erkennen und präventiv reagieren zu können, muss der Austausch zwischen Jugendpsychiatrie, ambulanten psychologischen Behandlungsangeboten, Schulen und Jugendhilfe verbessert werden. Wir brauchen in diesen Fällen ein institutionalisiertes Gefährdungsmanagement und gut funktionierende Frühwarnsysteme.